

II-1659 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 8271J

1980 -11- 06

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. KOHLMAYER, Heinzinger
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend zwiespältiges Verhalten in Ansehung öffentlich er-
hobener Vorwürfe

Im Zusammenhang mit den Vorgängen beim AKH-Skandal und den von verschiedenen Seiten unternommenen Ablenkungsmanövern wurde gerade in jüngster Zeit offenbar, daß man offenbar mit zweierlei Maß mißt. Während man auf der einen Seite den AKH-Skandal zu bagatellisieren sucht, spart man auf der anderen Seite nicht mit haltlosen Verdächtigungen von Politikern bzw. Organisationen der ÖVP.

Aus Anlaß der sukzessiven Aufklärung des AKH-Skandals konnte erhoben werden, daß Dr. Kreisky in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Josef Staribacher, der Bürgermeister von Wien, Leopold Gratz, und der Wiener Stadtrat für Finanzen, Hans Mayr, im Jahre 1978 über Drängen des derzeit in Untersuchungshaft befindlichen SPÖ-Managers und Geschäftsführers der Fa. Knoblich, Carl Sefcsik, auf die Fa. Siemens Einfluß ausübten, damit diese einen ihr bereits erteilten Auftrag (Klimaleuchten für das AKH) mit einem Auftragswert von über S 40 Mill. an die Fa. Knoblich abtrat. In diesem Zusammenhang wurde auf Vertreter der Fa. Siemens sogar Druck ausgeübt. Für die in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe gegen Spitzenpolitiker der SPÖ gibt es mehrere Aussagen bzw. schriftliche Belege, darunter auch die an den Bundeskanzler, den Bundesminister für Handel, Gew. u. Ind.,

den Bürgermeister von Wien und Stadtrat Mayr gerichteten Schreiben Sefcsiks vom 22.5.1978, worin sich dieser für die "Bemühungen" der bezeichneten SPÖ-Politiker bedankte.

Ungeachtet dessen zeigte sich der Bundeskanzler darüber empört, daß sein Verhalten im Zusammenhang mit der Vergabe des Klimaleuchtauftrages an die Fa. Knoblich in der Öffentlichkeit kritisiert wurde. Im Anschluß an die Sitzung des Ministerrates vom 14.10.1980 versuchte er in einem ORF-Interview, seine Einflußnahme herunterzuspielen und damit zu rechtfertigen, sich lediglich dafür eingesetzt zu haben, daß die österreichische Firma Knoblich anstelle der ausländischen Fa. Siemens-Traunreuth bei der Auftragsvergabe zum Zuge kommen sollte. Diese "patriotisch" anmutende Erklärung geht allerdings fehl, da die Fa. Knoblich nach Erhalt des Auftrages den größten Teil davon wieder ins Ausland weitergab. Im übrigen stellte der Bundeskanzler in Abrede, daß Beweise für die wider ihn und andere SPÖ-Politiker erhobenen Vorwürfe existieren, womit er den Beweiswert der eindeutig belastenden Erhebungsergebnisse negierte. Er führte in diesem Zusammenhang - unter ausdrücklicher namentlicher Bezugnahme auf den Erstunterzeichner - aus, daß "man als anständiger Mann verpflichtet sei, auch Beweise zu erbringen".

Anläßlich dieses ORF-Interviews brachte der Bundeskanzler auch Fotokopien der zuvor erwähnten Dankschreiben Sefcsiks unter den anwesenden Journalisten zur Verteilung, nahm jedoch hievon bezeichnenderweise das ihm selbst zugekommene Dankschreiben aus.

Während sich also der Bundeskanzler über gegen ihn erhobene, mehrfach untermauerte Vorwürfe entrüstet zeigte und sie als haltlos abtun wollte, sparte er selbst nicht mit Verdächtigungen politischer Gegner, obwohl er für diese Verdächtigungen keine Beweise vorlegen konnte. In der Sitzung des Nationalrates vom 7.10.1980 unterstellte er dem ÖAAB, sich im Zusammenhang mit den Vorfällen bei der Niederösterreichischen Landeshypothekenbank, für deren rasche und restlose Aufklärung (auch unter Einschaltung der Gerichte) sich im übrigen die zuständigen Politiker der ÖVP-Niederösterreich von Anfang an mit Nachdruck eingesetzt haben, als "Nutznießer" betätigt zu haben. Für

diesen schweren Vorwurf ist jedoch der Bundeskanzler jeden Beweis schuldig geblieben. Er hat daher mit dieser unbewiesenen Unterstellung nicht nur einem fundamentalen Grundsatz des politischen Fair Play, sondern auch der von seinem Ministerkollegen Dr. Broda immer wieder propagierten Nichteinmischung in ein schwebendes Gerichtsverfahren zuwidergehandelt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A N F R A G E :

- 1) Welche konkreten Beweise haben Sie für die von Ihnen am 7.10.1980 im Nationalrat gegen den ÖAAB erhobene Anschuldigung?
- 2) Sind Sie bereit, diese Beweise vorzulegen, wozu man nach Ihren eigenen Worten als "anständiger Mann" verpflichtet ist?
- 3) Wenn nein: weshalb nicht?
- 4) Haben Sie diese Beweise an die zuständige Staatsanwaltschaft bzw. an das zuständige Strafgericht weitergeleitet?
- 5) Wenn nein: weshalb nicht?
- 6) Weshalb haben Sie anlässlich des ORF-Interviews vom 14.10.1980 zwar Fotokopien aller übrigen Dankschreiben Carl Sefcsiks, nicht jedoch des an Sie gerichteten an die Journalisten verteilt?
- 7) Sind Sie bereit, dieses Dankschreiben zu veröffentlichen?
- 8) Wenn nein: weshalb nicht?
- 9) Weshalb intervenierten Sie im Jahre 1978 für die Erteilung des Klimaleuchtenauftrages für das AKH an die Fa. Knoblich, obwohl diese ohnedies beabsichtigte, den größten Teil des Auftrages ins Ausland weiterzugeben?